

**Landespressekonferenz der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft am  
Montag, 1. Februar 2016 in Stuttgart**

## **Statement der GEW-Landesvorsitzenden Doro Moritz**

**Es gilt das gesprochene Wort**

### **Bildungspolitische Wahlversprechen auf dem Prüfstand**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bildungspolitik war in den vergangenen viereinhalb Jahren Dauerbrenner in der öffentlichen Diskussion. Bildung ist das Politikfeld der Länder mit dem größten Gestaltungsspielraum. In keinem anderen Bundesland (außer Bayern) wurde – bis zum Regierungswechsel 2011 – dieser Spielraum weniger genutzt, um auf veränderte Rahmenbedingungen, soziale Faktoren und Bedarfe zu reagieren. Die grün-rote Landesregierung hat den Spielraum genutzt, um das Bildungssystem weiterzuentwickeln.

Die grün-rote Landesregierung hat 2011 einen beträchtlichen Reformstau vorgefunden:

- Mehrere 10.000 Krippenplätze fehlten
- Rückläufige Schülerzahlen
- Wegbrechen der Haupt- und Werkrealschule
- Verpflichtung der Bundesrepublik zur Inklusion
- Große Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft

Für keine dieser Herausforderungen gab es bis 2011 ein Konzept:

Von 2003 bis 2013 wurden in Baden-Württemberg aufgrund rückläufiger Schülerzahlen und der Abkehr der Eltern von der Hauptschule mehr als 350 Haupt- und Werkrealschulen geschlossen, ohne dass es dafür ein Konzept gab. Die Verpflichtung der Bundesrepublik zur Umsetzung der Inklusion hätte seit zehn Jahren auf der bildungspolitischen Agenda sein können und müssen.

Seit dem vergangenen Jahr sind wir außerdem mit der Zuwanderung von rund 25.000 geflüchteten Kindern und Jugendlichen in unserem Schulsystem beschäftigt.

Keine dieser Aufgaben hat die grün-rote Landesregierung verursacht. Sie hat es sich allerdings zur Aufgabe gemacht, alle diese Herausforderungen anzunehmen und abzuarbeiten.

Ich gehe heute vorrangig auf die Arbeit im Bereich der Frühkindlichen Bildung und Schule ein.

Auf die Wahlprogramme der im Landtag vertretenen Parteien sowie der LINKEN und der AfD gehe ich an zentralen Punkten ein. Im Übrigen verweise ich auf die vorliegende Synopse der sechs Wahlprogramme, für die ich keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebe.

Mit zielführenden Schritten hat die Landesregierung auf den Reformstau reagiert:

### **Frühe Bildung und Schulsozialarbeit**

1. Mit den Mitteln aus der Erhöhung der Grunderwerbsteuer wurden die Kommunen mit jährlich mit hohen dreistelligen Millionenbeträgen beim Krippenausbau unterstützt. Mit diesen Mitteln gelang der Wiedereinstieg in die Finanzierung der Schulsozialarbeit (ein Drittel je Stelle).
2. Die Sprachförderung in den Kitas wurde verstärkt.

### **Im Schulbereich folgten zahlreiche gesetzliche und untergesetzliche Regelungen:**

3. Abschaffung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung
4. Aufbau der Gemeinschaftsschule
5. Regionale Schulentwicklung (allgemeinbildende Schulen)
6. Regionale Schulentwicklung (berufliche Schulen)
7. Verankerung der Ganztags(grund)schule
8. Abschaffung der Pflicht zum Besuch der Sonderschule
9. Weiterentwicklung der Realschule und zusätzliche Stunden
10. Bildungsplanreform
11. Umbau des Übergangssystems (Berufliche Bildung)
12. Erweiterung der Stundentafel in der Grundschule um vier Stunden
13. Für geflüchtete Kinder und Jugendliche wurden in beträchtlichem Umfang Stellen geschaffen und weitere Maßnahmen eingeleitet.

Eine Maßnahme stieß von Anfang an auf massive Kritik der GEW: Das waren die 44 Modellversuche zu G 9, die die SPD durchgesetzt hatte. Es ist erfreulich, dass sich die offensive Forderung in der SPD für G 9 beruhigt hat.

Erfreulich ist auch, dass die Opposition keine der Reformen grundsätzlich infrage stellt. Niemand will den Zustand von vor 2011 wiederherstellen.

### **Wo stehen wir jetzt?**

Wir stehen weiterhin am Anfang eines Veränderungsprozesses, auch wenn die Landesregierung sehr viele richtige und wichtige Reformen auf den Weg gebracht hat. Das hängt mit mehreren Faktoren zusammen:

- Die Landesregierung hat mit Kultusministerin Warminski-Leitheußer (und ihrer Amtschefin Dr. Riep) am Anfang der Wahlperiode anderthalb Jahre für die konzeptionelle Arbeit und zunächst auch 11.602 Lehrerstellen verloren und damit Vertrauen und Motivation der Lehrerschaft beschädigt.
- Beim grundlegenden Umbau des Bildungssystems ist es falsch, in Wahlperioden zu denken oder gar nach drei Jahren abgeschlossene Projekte zu erwarten. Es braucht mindestens zehn Jahre.
- Für die erfolgreiche Ausgestaltung der Veränderungsprozesse braucht es in beträchtlichem Umfang weitere Ressourcen, eine klare Steuerung und Umsetzungskonzepte sowie eine Bereitschaft zu Veränderungen unter den Beteiligten und in der Gesellschaft.
- Der Umbau des Schulsystems ist ein hochkomplexer Prozess. Änderungen in einer Schulart haben immer Auswirkungen auf die anderen.

Aufgabe der GEW als Bildungsgewerkschaft mit ihren inzwischen 50.000 Mitgliedern ist es, für diese Veränderungsprozesse gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten einzufordern und durchzusetzen – egal an welchem Arbeitsplatz. Gleichzeitig positionieren wir uns auf wissenschaftlicher Grundlage zu den Inhalten der Reformen. Dass Veränderungen andere und auch höhere Anforderungen an Beschäftigte stellen, ist für uns kein Grund sie abzulehnen.

Die Auseinandersetzungen um die schulischen Veränderungen sind in Baden-Württemberg hoch emotional und unsachlich. Fehlende Einsicht in den Veränderungsbedarf, Angst um Privilegien, Abwehr gegenüber Neuem, fehlende Erfahrungen mit anderen Konzepten in Baden-Württemberg und die berechtigte Angst vor Überforderung prägen die Stimmung.

Bei der Tagung der GEW am vergangenen Freitag „Die Gemeinschaftsschulen nach dem Start“, stellte Prof. Bohl die Befunde aus der wissenschaftlichen Begleitstudie der Gemeinschaftsschule vor. Ein zentrales Ergebnis lautet, dass die Lehrkräfte „mehr Zeit“ brauchen und „in Ruhe arbeiten“ wollen. An dieser Stelle gab es am meisten Beifall. Das gilt nicht nur für die Arbeit an der Gemeinschaftsschule. Deutlich wurde auch, dass das Infrage stellen der Arbeit an der Gemeinschaftsschule die Lehrkräfte und ihr Selbstwertgefühl beschädigt.

Geprägt ist das Wahlkampfgetöse vom Kampf um Schülerzahlen für einzelne Schularten. Das führt zu einer bemerkenswerten Situation innerhalb der Lehrerverbände des Beamtenbundes: Der Berufsschullehrerverband (BLV) reagiert mit einer Pressemitteilung gegen eine PM des Philologenverbandes (PhV), der die Rückkehr zu G 9 fordert. Nicht inhaltliche Argumente, sondern die Angst um den Verlust von Schüler/innen, stehen bei Verbänden, die einzelne Schularten vertreten, im Mittelpunkt.

Unser Schulsystem ist ein komplexes Gebilde. Es ist eine Illusion zu glauben, dass man die bestehenden Schularten je für sich betrachten und vertreten kann. Jedes Drehen an einer Schulartschraube hat Auswirkungen auf die anderen, ob einem das gefällt oder nicht. Jede Partei muss sich mit ihrem Bildungskonzept daran messen lassen, ob es auch für die leistungsschwachen und benachteiligten Schüler/innen eine wohnortnahe, leistungsstarke und gerechte Schule bietet. Das Bildungsangebot muss an Schulabschlüssen und nicht an Schularten ausgerichtet sein.

## **Was erwartet die GEW nach den Landtagswahlen und was bieten die Parteien?**

### **1. Ressourcen einschl. Lehrerstellen**

Aussagen zum Volumen der Ressourcen, das für den Bildungsbereich in der kommenden Wahlperiode zur Verfügung gestellt wird, habe ich in den Wahlprogrammen vergeblich gesucht. Keine Partei macht eine Aussage zur Entwicklung der Lehrerstellen bis zum Jahr 2020 - dem Jahr, in dem die Schuldenbremse in Kraft tritt. Grün/rot hat sich mit dem Staatshaushaltsplan 2015/16 auf die Streichung von insgesamt 3.096 Stellen (statt 11.602 im Haushalt 2013/14) festgelegt und hat gleichzeitig in 2015/16 mehr als 1.250 Stellen zusätzlich geschaffen.

Die erhebliche Reduzierung der Stellenstreichungen erkennt die GEW ausdrücklich an und wird weiterhin gegen die vorgesehene Streichung von Lehrerstellen kämpfen.

Mehr als 5.000 Anwärter/innen und Referendar/innen haben in diesen Tagen ihren Vorbereitungsdienst an allen Schularten des Landes begonnen. Die Schulen brauchen sie – und sie brauchen eine Perspektive – ohne abgesenkte Eingangsbesoldung!

Die GEW erwartet, dass sich die Parteien bis zum 13. März positionieren, ob sie Lehrerstellen streichen wollen bzw. wie viele Lehrerstellen sie für die anstehenden Reformen zur Verfügung stellen werden.

Die Oppositionsfraktionen fordern die Gleichbehandlung der Schularten ein. Hinter der Diskussion um die Privilegierung bzw. Benachteiligung von Schularten verbergen sich klare politische Interessen. Für die GEW ist klar:

Unsere Schulen und Schularten haben sehr unterschiedliche Aufträge und eine in Bezug auf die soziale Herkunft sehr heterogen zusammengesetzte Schülerschaft. Unterschiedliche Aufgaben erfordern unterschiedliche Ressourcen. Wer eine Gleichbehandlung fordert, will die soziale Ungleichheit verschärfen und ignoriert den Veränderungsbedarf in der Schullandschaft.

## **2. Frühe Bildung und Schulsozialarbeit**

Investitionen in die Frühkindliche Bildung um ein Vielfaches erhöht

Der Rechtsanspruch auf einen Platz in der Kindertagesbetreuung für Kinder ab einem Jahr erforderte unmittelbar nach Antritt der grün-roten Landesregierung hohe Investitionen in den Ausbau von Krippenplätzen. Mit der Erhöhung der Grunderwerbssteuer von 3,5 auf 5 Prozent und Bundesinvestitionsprogrammen konnte das Land diesen quantitativen Ausbau finanzieren. Lag das Gesamtvolumen für die Frühkindliche Bildung zu Beginn der Legislaturperiode bei 83 Millionen Euro, so ist dieses Budget auf inzwischen 795 Millionen Euro gestiegen. Einen wichtigen Schritt vollzog die Regierung, als sie 2014 den Kommunen und Trägern von Kindertagesstätten eine Planungssicherheit verschaffte und 68 Prozent der Betriebskosten im U3 bzw. 63 Prozent im Ü3 Bereich übernahm. Baden-Württemberg hat inzwischen den besten Personalschlüssel bundesweit. Im U3 Bereich kommt rechnerisch eine Fachkraft auf 2,9 Kinder, im Ü3 Bereich eine Fachkraft auf 7,5 Kinder. Daraus kann allerdings nicht geschlossen werden, dass tatsächlich diese Personalkapazität pro Kind zur Verfügung steht. Z.B. ist die Zeit für Leitung, Vor- und Nachbereitung, Urlaub und Krankheit hier nicht berücksichtigt.

Trotzdem: Die Qualität der Beziehung ist von größter Bedeutung bei den Jüngsten und muss weiter verbessert werden. Auch die Zahl der Plätze muss weiter ausgebaut werden.

Die Investitionen im Haushalt des Kultusministeriums für Kleinkindbetreuung, für Zuschüsse von Tagesmüttern und frühkindliche Fördermaßnahmen lagen im Jahr 2012 bei 34,4 Millionen, im Jahr 2013 bei 27,1 Millionen und im Jahr 2014 bei 27,1 Millionen Euro. Zusätzlich zum Finanzvolumen von 23,2 Millionen für das Jahr 2015 wurde ein Landesinvestitionsprogramm von 50 Millionen aufgelegt, um den Ausbau fortführen zu können. Außerdem wurden über den Nachtragshaushalt weitere 4 Millionen Euro für Sprachförderung und die Finanzierung von 25 Deputaten für Bildungshäuser bewilligt. Für 2016 sind derzeit im Haushalt des Kultusministeriums 39,8 Millionen für die Frühkindliche Bildung vorgesehen. Berücksichtigt wird, dass das ehemalige Bundesprogramm „Frühe Chancen: Schwerpunkt-Kitas, Sprache und Integration“ zukünftig über Landesmittel finanziert werden soll. Außerdem wurden im Nachtragshaushalt 2,5 Millionen Euro für Sprachförderung (SPATZ) und eine Million für die Weiterentwicklung von Kitas zu Kinder- und Familienzentren bereitgestellt.

Der Ausbau der Kinder- und Familienzentren ist ein wichtiger Schritt. Die Kooperation mit den Einrichtungen der Jugendhilfe wird gestärkt, die Zusammenarbeit mit den Eltern wird intensiviert und vielfältige Unterstützung angeboten. Das ist ein sehr wichtiger Schritt, um die Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft abzubauen.

Die (verbindliche) Umsetzung des Orientierungsplans wird von allen im Landtag vertretenen Parteien in Aussicht gestellt. Sie erfolgte bisher nicht, weil die Ausstattung dafür nicht ausreicht.

Als einzige im Landtag vertretene Partei stellt die SPD Gebührenfreiheit in Kitas in Aussicht: „Zudem werden wir in der kommenden Legislaturperiode schrittweise die Beitragsfreiheit für die Kindergärten und Kindertagesstätten im Land einführen.“

Ein gutes Signal. Allerdings muss klar sein, dass diese sinnvolle familienpolitische Maßnahme nicht gegen die dringend anstehende bildungspolitische Qualitätsentwicklung in diesem Arbeitsfeld aufgerechnet werden darf. Viele pädagogische Fachkräfte im Arbeitsfeld stehen mit dem Rücken zur Wand und brauchen Verstärkung zur Entlastung. Für die Aufwertung des Berufsfeldes und die bessere Vergütung des Personals, für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen müssen die Träger in beträchtlichem Umfang zusätzlich investieren: Zeit für Vor- und Nachbereitung, für die Leitung, für die weitere Verbesserung der Fachkraft-/Kind-Relation, für die Schaffung zusätzlicher Plätze. Der Einstieg der Landesregierung in die anteilige Finanzierung der Jugendsozialarbeit an Schulen (Schulsozialarbeit) mit einem Drittel der Personalkosten führte zum unmittelbaren Ausbau der Schulsozialarbeit. Zu Beginn der Förderung waren etwa 800 Vollkraftstellen auf 1200 Fachkräfte verteilt, zum Ende des Schuljahres 2014/2015 gab es knapp 1200 Vollkraftstellen, die auf etwa 1800 Schulsozialarbeiter/innen verteilt sind. Bereits im ersten Jahr wurden die ursprünglich auf 15 Millionen Euro budgetierten Fördermittel um etwa 1,4 Millionen Euro überschritten und die Landesregierung erhöhte das jährliche Finanzvolumen ab 2013 auf bis zu 25 Millionen Euro. Im Wahlprogramm der CDU findet sich keine Aussage zur Unterstützung der Schulsozialarbeit. Die CDU war in ihrer Regierungszeit aus der Mitfinanzierung der Schulsozialarbeit ausgestiegen.

Die LINKE hat die Gebührenfreiheit im Programm, deren Programm insgesamt von dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit geprägt ist.

### **3. Grundschule**

Wer die Bildung in unserem Land ernsthaft weiter vorwärts bringen will, wer das weitere Auseinanderdriften unserer Gesellschaft in arm und reich bremsen will, wer die Bildungschancen von der sozialen Herkunft entkoppeln will, muss den Anfang stärken:

Ausgesprochen positiv ist die Erweiterung der Kontingentstundentafel um je zwei Stunden Deutsch und Mathematik sowie die zwei Stunden für die Schulleitungen ab dem Schuljahr 2016/17. Auch 180 Stellen für Förderung hat die grün/rote Landesregierung in dieser Wahlperiode bereitgestellt. Allerdings: Während in den weiterführenden Schularten darüber gestritten wird, wer mehr oder weniger Stunden für Fördermaßnahmen hat, ist ausgerechnet die Grundschule die einzige Schulart, die noch immer gar keine dauerhaft zur Verfügung stehenden Stunden hat.

Die Schulart,

- deren Schüler/innen schon in den Eingangsklassen bis zu drei Jahre Unterschied in der Lern- und Leistungsentwicklung aufweisen,
- die seit Jahren wie keine andere Schulart inklusiv und jahrgangsübergreifend arbeiten,
- die die zeitliche Verlässlichkeit an allen Schultagen sicherstellen müssen,
- die sehr viel mehr geflüchtete Kinder in ihre Klassen integrieren statt sie in Sonderklassen zu unterrichten,
- deren Schulleitungen am schlechtesten bezahlt und mit der geringsten Leitungszeit ausgestattet sind,
- die wie keine andere Schulart Ganztagsangebote aufbauen,

- die die schlechtesten Bedingungen in der Lehrerfortbildung haben und gleichzeitig am meisten fachfremd unterrichten, muss ein Schwerpunkt der Bildungspolitik werden. Dazu gehören u.a.:  
Ethik-Unterricht ab Klasse 1, eine Kooperationsstunde (Kita) für jede erste Klasse, Stellen und feste Stunden für den Aufbau kontinuierlicher Förderkonzepte.

Mit unterschiedlichen Nuancen haben die vier Landtagsfraktionen Ethik in ihrem Wahlprogramm.

#### **4. Gemeinschaftsschule**

Die Gemeinschaftsschule entspricht den pädagogischen Vorstellungen der GEW und sie ist gleichzeitig eine strukturelle Antwort auf rückläufige Schülerzahlen und die Erosion des dreigliedrigen Schulsystems.

Es ist mir ein großes Bedürfnis, an dieser Stelle allen Kolleginnen und Kollegen und allen Schulleitungen, auch den Schulträgern, für die Pionierarbeit beim Aufbau dieser Schulart und den unglaublichen Arbeitseinsatz zu danken.

Von Anfang an hat die GEW betont, dass dies ein anspruchs- und voraussetzungsvolles Vorhaben ist. Die Gemeinschaftsschule stellt hohe Anforderungen an die Lehrkräfte. Vor allzu vielen und allzu schnellen Genehmigungen haben wir gewarnt.

Über die Qualität der Gemeinschaftsschule ist sowohl im Sommerloch durch die FAZ als auch jetzt, im Nachgang der Veröffentlichung der wissenschaftlichen Begleitung, viel geschrieben worden. Die CDU sieht die GMS als gescheitert an und will im Falle einer Regierungsverantwortung das pädagogische Konzept so stark verändern, dass von der jetzigen Gemeinschaftsschule nichts übrig bleibt (Überprivilegierung zurückführen, keine Oberstufe; Noten, Sitzenbleiben, äußere Leistungsdifferenzierung). Auch die FDP will ihr die Luft zum Atmen nehmen (Privilegien beenden und Kurssystem wie bei Gesamtschulen zulassen).

SPD und Grüne stehen für den weiteren bedarfsorientierten Ausbau.

In der Presse wird kommentiert, dass die Gemeinschaftsschule nicht die „Heilsbringer“ seien, für die sie manche halten. Heilserwartungen hatte die GEW nie. Dass die Transformationsprozesse an den Gemeinschaftsschulen nach gerade einmal vier Jahren noch nicht überall und in jeder Hinsicht glatt verlaufen, kann niemanden überraschen, der sich mit dem Thema näher befasst. Deshalb jedoch vom Scheitern oder gar von der Beschädigung der Kinder durch die GMS zu sprechen, ist völlig daneben. Mit Freude habe ich bei der Gemeinschaftsschultagung der GEW am vergangenen Freitag eine Aussage des bildungspolitischen Sprechers der CDU zur Kenntnis genommen: Auch er räumt ein, dass Leistungsvergleiche nach drei Jahren gar nicht möglich sind.

Kritikern der Gemeinschaftsschule empfehle ich einen Blick in den Bildungsbericht Baden-Württemberg. Dort ist mit Daten aus der Fremdevaluation differenziert in neun Kriterien die Unterrichtsqualität jeder einzelnen Schulart in ihrem Entwicklungsstand beschrieben. Daraus ergibt sich ein klarer Unterstützungsbedarf der Landesregierung vor allem für Schularten der Sekundarstufe.

WissGem (Wissenschaftliche Begleitstudie der Gemeinschaftsschulen) ist ein in der Schulforschung einzigartiges und systematisches Programm für die Qualitätsentwicklung von Schule und Unterricht: Guter Unterricht ist die Grundlage für gute Lernentwicklung und Leistungen der Schüler/innen. Bisherige Studien vergleichen nur Leistungen, können aber die Leistungsentwicklung der Schüler/innen nicht erklären. WissGem hat den Unterricht in seiner Tiefenstruktur untersucht und kann erklären, warum der eine Unterricht erfolgreich ist und der andere nicht. WissGem belegt Faktoren, die für den Erfolg von Unterricht bedeutsam sind.

Deshalb erwartet die GEW von der Landesregierung, dass ein Programm entwickelt wird, aus dem Schulen je nach Bedarf spezifische Module zur Fortbildung, Schul- und Unterrichtsentwicklung einschließlich notwendiger Entlastung und Prozessbegleitung abrufen können.

Zentrale Felder sind dabei:

- Aufgabenqualität
- Klassenführung, Konzepte zur Individualisierung,
- Entwicklung einer schulinternen Kooperation mit hohem fachlichen und auf den Unterricht bezogenen Austausch
- Konzept für heterogene Klassen einschließlich Inklusion

Wir brauchen in der Schule, im Umfeld, in unserer Gesellschaft eine Haltung, die die Kollegien, die Eltern und die Schüler/innen an Gemeinschaftsschulen bestärkt und ihnen vertraut – anstatt alle, die an Gemeinschaftsschulen tätig sind und dort lernen und lehren, unter Ideologieverdacht zu stellen.

Die pädagogischen Argumente für das gemeinsame Lernen erkennt die Opposition im Landtag nicht an. Aber auch sie hat längst erkannt, dass ohne integrierte Schulen das Versprechen eines wohnortnahen Schulangebots nicht gehalten werden kann und ländliche Regionen zu schulfreien Zonen würden.

Zitat aus dem Bildungskonzept der CDU-Landtagsfraktion: „Klar ist allerdings, dass wir uns von dem Begriff der Dreigliedrigkeit definitiv verabschieden müssen.“

Vor diesem Hintergrund geht es eigentlich nicht mehr um die Frage, ob Schularten zusammen geführt werden müssen, sondern um das wie: gegliedertes Schulsystem unter einem Dach, als Verbundschulen oder mit Hauptschulzügen, ein Zwei-Säulen-Modell mit zwei unterschiedlichen, aber gleich starken Säulen, eine Schule für alle?

## 5. Realschulen

Die Übergangsquote auf die Haupt- und Werkrealschulen ist auf rund sieben Prozent gesunken. Leistungsschwache und sozial benachteiligte Schüler/innen gibt es in unverändertem Umfang. Politik muss eine Antwort auf die Frage geben, wo es für sie ein wohnortnahes Schulangebot gibt. Das Konzept der Weiterentwicklung der Realschule ist eine Antwort darauf. Als Schulart mit der größten Heterogenität erhält sie derzeit sechs zusätzliche Stunden je Zug. Sie werden in den nächsten beiden Jahren auf acht und dann zehn Stunden ausgebaut. Die Realschule hat weiterhin eine wichtige Funktion in unserem Schulsystem. Sie ist aber nicht mehr die Mitte.

Die Fraktionen streiten über die Ausgestaltung der Realschule:

Äußere Differenzierung oder möglichst viel gemeinsamer Unterricht (innere Differenzierung)?

Die Antwort der GEW besteht aus zwei Teilen:

1. Die äußere Differenzierung in einer Schule ist bezüglich der Motivation der Schüler/innen und der Lehrkräfte hochproblematisch. Das hat sich zu Regierungszeiten der CDU/FDP im Praxiszug an den Werkrealschulen bestätigt und das belegen wissenschaftliche Untersuchungen.
2. Unterricht mit innerer Differenzierung ist sehr anspruchsvoll und muss konsequent durch Weiterbildung unterlegt werden.

SPD und Grüne setzen auf möglichst geringe äußere Differenzierung und wollen die Entscheidung über den Schulabschluss möglichst lange offenhalten.

Die CDU setzt stark auf äußere Differenzierung und will den Bildungsabschluss nach der 6. Klasse festlegen. Die FDP will den Schulen die Entscheidung bezüglich der Differenzierung überlassen.

## 6. Gymnasien

Das Zwei-Säulen-System hat dann eine Perspektive, wenn jede Säule einen Weg zur Hochschulreife anbietet. Nur das kann verhindern, dass die Übergangsquote auf das Gymnasium weiter steigt, weil die zweite Säule für bildungsambitionierte Eltern nicht attraktiv ist.

Wer für die Einführung des G9 eintritt, und sei es nur als Option, entzieht den Gemeinschaftsschulen, den Realschulen und im Nachgang auch den beruflichen Gymnasien die starken Schüler/innen. Das vermeintlich „leichtere“ Erreichen des Abiturs verstärkt den Zulauf und damit die viel kritisierte Leistungsbandbreite am allgemeinbildenden Gymnasium. Sie war im Schuljahr 2014/15 mit knapp 88 Prozent gymnasialempfohlenen Schüler/innen deutlich niedriger als an den Realschulen.

Die GEW erteilt der Rückkehr zu G9, wie es die CDU mit „Gymnasium pur“ und die FDP laut ihrem Wahlprogramm ermöglichen wollen, eine klare Absage. G8 und G9 gleichzeitig anzubieten, wäre eine bildungspolitische Sackgasse mit unüberschaubaren finanziellen Mehrbelastungen. Die Weiterentwicklung des G8 ist konsequent und die beste Unterstützung der Lehrkräfte und der Schüler/innen.

## 7. Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren (bisher Sonderschulen)

Seit Jahren sind es die Sonderschulen, die das größte Unterrichtsdefizit hatten – größer als das der beruflichen Schulen. Die Entscheidung der Landesregierung, die Pflicht zum Besuch der Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren abzuschaffen und letztere weiterhin bestehen zu lassen, ist die teuerste Variante bei Einführung der Inklusion und erhöht den Bedarf.

Sonderpädagog/innen gibt es nicht auf dem Arbeitsmarkt. Im vergangenen Sommer konnten die zusätzlich vorhandenen Stellen nicht alle besetzt werden.

Die GEW fordert deshalb, dass das Land erfahrenen Grund- und Hauptschullehrkräften das Aufbaustudium Sonderpädagogik finanziert.

Inklusion erfordert erhebliche Investitionen. Das Zwei-Pädagogen-Prinzip ist der richtige Ansatz. Er ist im Wahlprogramm von Grünen und CDU als „angestrebt“ aufgenommen. Das kann allerdings nur ein Teil der Unterstützung bei der Umsetzung sein: Es bedarf beträchtlichen Einsatzes zum Aufbau von echter Teamarbeit, damit die Kompetenzen beider Lehrkräfte wirksam werden können.

Sonderpädagog/innen haben sehr gute Diagnosekompetenzen. Ihnen fehlt jedoch die Erfahrung im Umgang mit normal großen Klassen. Auch das ist ein Ergebnis von WissGem.

## 8. Perspektive für Hauptschullehrkräfte

Von 2003 bis 2013 wurden mehr als 350 Haupt- und Werkrealschulen geschlossen, weitere 150 in den vergangenen zwei Jahren. Tausende Lehrkräfte brauchen einen anderen Arbeitsplatz.

Die GEW hatte sich für diese Wahlperiode das Ziel gesetzt, allen Hauptschullehrkräften – zumindest in einem Stufenplan – Aufstiegs- und Beförderungsmöglichkeiten nach A 13 zu schaffen. Dass das bisher nicht gelungen ist, ist für mich die größte Enttäuschung in dieser Wahlperiode. Kultusminister Stoch hat das zwar in Aussicht gestellt. Die 83 Millionen, die er dafür braucht, hat er leider (noch) nicht bekommen.

Ich erinnere daran:

- Seit Jahrzehnten leisten diese Lehrkräfte unter immer schwieriger werdenden Bedingungen sehr gute Arbeit.
- Ohne Getöse machen sie ihre Arbeit weiterhin und erleben das Wegbrechen ihrer Schulart. Eine solche Umbruchsituation erfährt keine andere Lehrergruppe.



- Sie haben die Gemeinschaftsschulen aufgebaut und arbeiten dort für deutlich weniger Geld als die Gymnasial-, Realschul- und Sonderschullehrkräfte.
- Sie bilden angehende Lehrer/innen aus, die in einer höheren Besoldungsgruppe eingestellt werden.

Die GEW fordert A 13 für alle Hauptschullehrkräfte, egal wo sie arbeiten.

In den Wahlprogrammen findet sich keine klare Zusage:

Grüne: Perspektive geben, über Personalentwicklungskonzept Aufstiegs- und Wahlmöglichkeiten für die anderen Schularten

SPD: „Haupt- und Werkrealschullehrkräften die Möglichkeit zu einer beruflichen Weiterqualifizierung eröffnen“.

CDU: „Klare und echte Perspektive“; FDP: keine Aussage

## 9. Berufliche Schulen

Seit 2011 erhielten die beruflichen Schulen 1.100 zusätzliche Lehrerstellen. Das große strukturelle Unterrichtsdefizit von 4,4 Prozent zu Beginn der Wahlperiode konnte dadurch auf 1,8 Prozent abgebaut werden. Die beruflichen Gymnasien wurden ausgebaut und decken jetzt 91 Prozent des Bedarfs ab.

Strukturelle Veränderungen wurden auf den Weg gebracht und werden in Modellregionen erprobt: Ein regionales Übergangsmanagement unter Beteiligung der Kommunen mit Förderung des Landes wird ausgestaltet, die Schularten im Übergangssektor an Beruflichen Schulen neu geordnet, die Möglichkeit einer geförderten Ausbildung geschaffen.

Die GEW erwartet, dass diese Maßnahmen in den kommenden Jahren in der Fläche umgesetzt werden.

Landtagswahlprogramme:

Alle im Landtag vertretenen Parteien haben den beruflichen Schulen umfangreiche Kapitel gewidmet. Die GEW betont die Bedeutung der beruflichen Gymnasien auch im Zusammenhang mit Aufstieg durch Bildung und Ausgleich von sozialer Benachteiligung. Offensichtlich wird Unterstützungsbedarf der jungen Menschen (erst) dann ernsthaft wahrgenommen, wenn ihre Kompetenzen für die Anforderungen der Betriebe nicht ausreichen. „Auf den Anfang kommt es an!“ Mit Blick auf die große Zahl von Schüler/innen im Übergangssystem muss verstärkt in die Qualität der frühkindlichen Bildung und Grundschule investiert werden.

## 10. Bildungsplanreform

Das Kultusministerium hat unter beträchtlichem zeitlichem Druck eine Bildungsplanreform auf den Weg gebracht. Sie tritt zum neuen Schuljahr in Kraft. Die Erprobungsschulen äußern sich ausgesprochen positiv zu den neuen Plänen. Schwächen des Planes von 2004 wurden beseitigt, die Durchlässigkeit zwischen den Schularten deutlich erhöht. Der Bildungsplan formuliert Kompetenzen auf drei Niveaus. Dies ist vor allem für Schulen, die Schüler/innen auf unterschiedliche Abschlüsse vorbereiten, von großer Bedeutung.

Dieser Plan ist kein Einheitsplan. Er ermöglicht wie der aktuelle Plan differenzierte Profilbildung in allen Schularten.

Die Verankerung der Leitperspektiven setzt zeitgemäße Orientierungen. Das unterscheidet sie nicht von früheren Bildungsplänen.

Baden-Württemberg erlebt seit mehr als zwei Jahren Demos von christlichen Fundamentalisten, Pietisten und der AfD gegen die angebliche Sexualisierung der Schule durch den Bildungsplan.

Tatsächlich sieht der Bildungsplan eine altersgemäße Befassung von Schüler/innen damit vor, dass es

Menschen mit unterschiedlicher sexueller Identität, Menschen mit ganz unterschiedlichen Lebensweisen in vielfältiger Hinsicht gibt. Aufgabe der Schule ist es Toleranz und Akzeptanz gegenüber der Verschiedenheit von Menschen zu schaffen. Rechtspopulismus, Ressentiments, Rassismus und Gewalt gegenüber Fremden, Minderheiten und Schwachen nehmen in unserer Gesellschaft zu. Jede „Demo für alle“ liefert den Beweis für die Notwendigkeit der Verankerung dieser Leitperspektive.

Die Kritik der GEW an der Bildungsplanreform wird leider von keiner im Landtag vertretenen Partei geteilt:

- Die Einführung des isolierten Faches Wirtschaft in allen weiterführenden Schulen, das am Gymnasium zu Lasten von Gemeinschaftskunde und Erdkunde geht und der stärker werdende Einfluss der Wirtschaft und Stiftungen auf die Schulen
- Die fehlende Leitperspektive Friedensbildung und Demokratieerziehung

Die gesellschaftlichen Entwicklungen machen mehr als deutlich, dass Demokratie, das was eine Gesellschaft zusammenhält, nicht weniger, sondern mehr Platz an unseren Schulen braucht. Erfreulich ist in dem Zusammenhang die Schaffung einer Servicestelle Friedensbildung durch die Landesregierung. Die GEW erwartet, dass sie über 2017 hinaus fest etabliert wird.

Wahlprogramme:

Die CDU äußert sich nicht zum Bildungsplan, fordert den Ausbau der MINT-Fächer und Informatik. Die FDP fordert den Verzicht auf Leitperspektiven sowie einen eigenen Bildungsplan für jede Schulart und lehnt eine ideologische Vereinnahmung des Bildungsplans entschieden ab.

## **11. Lehrerbildung**

Die Reform der Lehrerbildung ist aus der Sicht der GEW enttäuschend: Die Trennung der Ausbildung in Lehrkräfte für die Klassen 5 bis 10 (Sekundarstufe 1) an der Pädagogischen Hochschule und an der Universität für die Sekundarstufe 1 und 2, die Abkoppelung der Grundschule bei der Erhöhung der Studiendauer auf 10 Semester, sind falsche Weichenstellungen. Bereits jetzt zeichnen sich rückläufige Studierendenzahlen für die Grundschule ab.

Die von der Landesregierung eingesetzte Expertenkommission hatte gut gearbeitet und deutlich gemacht, dass alle Schularten vergleichbare Qualifizierung auch in Bezug auf die Dauer des Studiums brauchen.

In diesem Themenfeld haben auch die Wahlprogramme aller Parteien nahezu nichts gesagt.

## **12. Allgemeines zu den Wahlprogrammen der Parteien**

Die GEW begrüßt, dass SPD, Grüne und CDU eine bessere Bezahlung der befristet Beschäftigten Lehrkräfte im Wahlprogramm haben.

Darüber hinaus ist aus gewerkschaftlicher Sicht das Fehlen von Aussagen zu den Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen von Lehrkräften und Schulleitungen enttäuschend:

- Nirgends wird thematisiert, dass die Aufgaben in quantitativer und qualitativer Hinsicht seit Jahren deutlich zunehmen, ohne dass zusätzliche Arbeitszeit zur Verfügung gestellt wird. An Gemeinschaftsschulen ist die Situation extrem.
- Ein Konzept zum Umgang mit dem großen Vertretungsbedarf u.a. durch Schwangerschaft und Krankheit suche ich vergeblich.

- In keinem Wahlprogramm ist die Rede davon, dass die Verschlechterungen der grün-roten Landesregierung (Altersermäßigung, Kürzung von Stunden für besondere Aufgaben) rückgängig gemacht werden.
- Bei CDU und FDP kommen die Arbeitsbedingungen der allgemeinbildenden Schulen überhaupt nicht vor. SPD und Grüne haben in allgemeiner Form die Situation der Grundschulen im Blick.
- Keine Landtagsfraktion thematisiert die Situation der Schulleitungen kleiner Schulen, weder in Bezug auf die Besoldung noch in Bezug auf die Arbeitszeit. Es wird lediglich für berufliche Schulen Schulverwaltungsassistenz in Aussicht gestellt. Diese Schwerpunktsitzung entspricht nicht dem großen Nachholbedarf, den der Rechnungshof 2014 in seinem Gutachten in Bezug auf die Ausstattung kleiner Schulen klar formuliert hat.
- Angesprochen werden in den Wahlprogrammen Fortbildungsangebote für verschiedene Veränderungen. Ein konsequenter Aus- und Umbau der Weiterbildung von Lehrkräften wird nirgends angesprochen. Dabei ist es genau das, was die Politik aus WissGem lernen muss.
- Die Landesregierung hat im vergangenen Jahr gegen den entschiedenen Widerstand der Opposition und der Arbeitgeber das Bildungszeitgesetz verabschiedet. Das wurde von den Gewerkschaften ausdrücklich begrüßt. Die FDP erklärt ausdrücklich, dass sie es wieder abschaffen will. Keine Partei erwähnt, dass lehrendes und betreuendes Personal an Schulen sowie lehrendes Personal an Hochschulen Bildungszeit nur außerhalb des Unterrichts bzw. in der vorlesungsfreien Zeit in Anspruch nehmen darf. Damit ist mehr als die Hälfte der Landesbeschäftigten abgekoppelt.

### **13. Auszüge aus den Programmen der Opposition und der AfD**

**SPD und Grüne haben in ihren Wahlprogrammen im Wesentlichen die Fortsetzung der eingeleiteten Reformschritte in Aussicht gestellt. Aussagen zu einzelnen Themenfeldern finden sich in der beiliegenden Synopse.**

#### **Wahlprogramm der CDU**

Das Programm der CDU enthält überwiegend Behauptungen über die negativen Auswirkungen der Bildungspolitik der grün-roten Landesregierung:

„Grün-Rot hat die Axt an unser erfolgreiches, differenziertes Schulsystem gelegt.“

„Grün-Rot etablierte regionale Schulentwicklung zu Schulschließungen.“

„Die grün-rote Gemeinschaftsschule funktioniert nicht ... ist gescheitert“.

„Mit der einseitigen Förderung der verpflichtenden Ganztagschule ... muss Schluss sein.“

Vorhaben:

- Bildungshäuser fortführen und ausbauen
- Vorlage der Grundschulempfehlung an den weiterführenden Schulen
- Verpflichtendes Elterngespräch mit Grundschule und der weiterführenden Schule
- Bildungswegeempfehlung am Ende von Klasse 6 der Realschule (Empfehlung Hauptschule oder Realschule)
- Mehr in das Erlernen von Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen investieren.  
„Besonderen Wert werden wir auf die Rechtschreibung legen.“
- Werkreal- und Realschulen zu „Realschule Baden-Württemberg“ zusammenfassen;  
„Unterricht von einem gemeinsamen Kollegium erteilt“. Schüler/innen können so das positive Klima einer gemeinsamen Schule erleben.“

Wechsel HS/RS in der Orientierungsstufe möglich, ab Klasse 7 getrennter Unterricht mindestens in D, M, FS und Naturwissenschaften

- „Gymnasium pur“; an jedem Gymnasium Möglichkeit G 8 und G 9 anzubieten.
- „finanzielle Überprivilegierung der Gemeinschaftsschulen zurückführen“
- „mehr Freiheit für die beruflichen Schulen“
- Nur für berufliche Schulen: Ressourcenzusagen, Bürokratieentlastung der Schulleitung, Verwaltungsassistent
- „Wahlfreiheit der Eltern im Ganzttag garantieren“
- Inklusion „in Gruppen von mehreren Kindern und möglichst gleicher Art der Behinderung“ umsetzen
- „Privatschulen sind wichtiger Impuls- und Ideengeber des öffentlichen Schulwesens“
- „Freiheit im Glauben“; „die Vermittlung von Werten ... muss auf der Basis des christlichen Glaubens an den Schulen einen festen Platz haben“

### **Wahlprogramm der FDP**

Das Programm der FDP hat eine erstaunlich klare Zielsetzung:

Deregulierung und Dezentralisierung, gleiche Ausstattung von unterschiedlichen Schulen soll Gleichbehandlung sicherstellen.

Die Maßnahmen würden eine extreme Verschärfung der sozialen Selektion bedeuten.

Beispiele:

- „Qualität und Wahlfreiheit sind für uns Freie Demokraten zwei Seiten derselben Medaille“
- Bildungsregionen einrichten und „mit einem nach der Zahl der Schüler bemessenen Budget an Lehrerwochenstunden ausstatten, über dessen Verteilung auf die verschiedenen Schularten die Bildungsregion entscheidet.“
- „finanzielle Privilegierung der Gemeinschaftsschule beenden“
- „allen ... Freiheit geben, die jeweilige Schulform in eigener Verantwortung auszugestalten ...“
- Schulbezirke abschaffen und den Eltern die freie Wahl der Grundschule überlassen“
- „allen Gymnasien die Freiheit lassen, die zugewiesenen Lehrerwochenstunden auf acht oder neun Jahre zu verteilen“
- „Gründung der Schulen in freier Trägerschaft erleichtern“
- Vorlage der Grundschulempfehlung an den weiterführenden Schulen
- Bei Bedarf Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung

Und: „Wir wollen die Hochschulabsolventen in angemessener Höhe an der Hochschulfinanzierung beteiligen“.

### **Wahlprogramm der AfD**

„Die AfD wendet sich mit Entschiedenheit gegen die von der grün/roten Landesregierung beabsichtigte Planung unseres leistungsorientierten, mehrgliedrigen Schulsystems zur semi-sozialistischen Gleichmacherei der Gemeinschaftsschulen.“

Forderung nach „Beendigung der Frühsexualisierung und anderer ideologischer Beeinflussungen in Schulen und sogar Kindergärten, wie sie der grün-rote Aktionsplan und der Bildungsplan vorsehen. Ein Staat, der sein Bildungsmonopol für Eingriffe in die Intimsphäre und ideologische Indoktrinationen der ihm anvertrauten Kinder missbraucht, ist auf dem Weg zur Gesinnungsdiktatur. Dem stellt die AfD ein konsequent freiheitliches Menschen- und Gesellschaftsbild entgegen.“

Gymnasium: „Der deutschen und europäischen Geistesgeschichte ... ist ebenfalls ein wichtiger Platz in der gymnasialen Bildung einzuräumen.“

Gemeinschaftsschule: „Wir sind gegen den ideologischen Ansatz der Gleichmacherei.“

Inklusion: „Die Inklusion darf nicht das Lernen der Mitschüler beeinträchtigen, denn auch diese haben ein Recht auf optimale Förderung.“

Deutsche Sprache fördern: „Im Deutschunterricht müssen den Schülern umfassende Kenntnisse der deutschen Literatur ... vermittelt werden.“

Deutsch als Wissenschaftssprache erhalten: „Immer mehr Studiengänge ... auf das Englische umgestellt. Die AfD beobachtet diese Entwicklung mit großer Sorge und verlangt einen bundesweiten politischen Aktionsplan zum Erhalt des Deutschen als Wissenschaftssprache.“

Gleichstellungsbeauftragte: „In Wahrheit führen sie – im Verein mit dem Instrument der Frauenquote – regelmäßig zur Diskriminierung von männlichen Stellenbewerbern. Die AfD fordert ihre ersatzlose Abschaffung.“

„Die Politik des ‚Gender Mainstreaming‘ mit all ihren Folgeerscheinungen wie Frauenquoten, Gleichstellungsbeauftragten und staatlicher Propaganda für sexuelle Minderheiten lehnt die AfD rigoros ab. ... Nur aus der Verbindung zwischen Mann und Frau gehen Kinder hervor, die die nächste Generation unserer Gesellschaft bilden. Der Schutz, die Förderung und die steuerliche Entlastung sind daher überlebensnotwendig für jedes Volk, das nicht seine eigene Abschaffung betreiben will. ... notwendig, die Geburtenrate in unserem Land zu steigern. In diesem Sinne setzt sich die AfD für eine „Willkommenskultur für Kinder“ ein, die auch eine Reduzierung der viel zu hohen Abtreibungszahlen mit sich bringen würde.“

Das sind Vorstellungen aus dem letzten Jahrtausend.

### **Schlussbemerkung**

Ich formuliere die Hoffnung, dass die Wählerinnen und Wähler die politische und gesellschaftliche Kultur unseres Bundeslandes nicht durch die Wahl der AfD in den Landtag beschädigen. Wir wollen weder im Landtag noch in unserer Gesellschaft eine Partei, die Diskriminierung, Intoleranz, Rechtspopulismus und sogar Waffengewalt gegen Menschen, die Zuflucht suchen, als Programm haben.

Ich wünsche mir für die Zeit bis zum 13. März einen fairen Wahlkampf.

Die GEW formuliert die Erwartung, dass jede Landesregierung nach dem 13. März die begonnenen Reformen fortsetzt und konsolidiert. Die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen sind Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung von Veränderungen. Sie müssen deutlich verbessert werden.

Alle Schulen müssen künftig inklusiv arbeiten, alle werden deutlich heterogener zusammengesetzte Lerngruppen haben. Die GEW wird Bildungspolitik deshalb daran messen, wie konsequent die Parteien diese Herausforderung annehmen und den Schulen Begleitung und Unterstützung anbieten. Alle Landtagsfraktionen, auch die Opposition, haben erkannt, dass das dreigliedrige Schulsystem keine Perspektive hat. Der Vorwurf an Grün-Rot, dass sie das Hauptschulsterben vorantreiben, steht im Widerspruch zu dieser Erkenntnis. Die GEW erwartet von allen Fraktionen Lösungsansätze, die das Ganze im Blick haben.

Heute sind es noch 42 Tage bis zur Landtagswahl. 42 Tage haben die Parteien noch Zeit, um der GEW und den Lehrkräften zu sagen, ob sie bis 2020 Lehrerstellen streichen wollen bzw. wie viele Lehrerstellen sie für die anstehenden Reformen und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zur Verfügung stellen werden.

Ich appelliere an die knapp fünf Millionen Mütter und Väter von Kindern in Krippen, Kitas und Horten, an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. Entscheiden Sie sich für eine Bildungspolitik, die die Potenziale aller Kinder bestmöglich zur Entfaltung bringt und Kindern und Jugendlichen möglichst lange alle Wege offen hält.